



## Haushaltsrede 2017

***Phantasie haben heißt nicht, sich etwas ausdenken,  
Es heißt, ... aus den Dingen etwas machen.***

*(Thomas Mann)*

Harald Baal  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Aachen

*Sperrfrist 25.01.2017 - 17:30 Uhr - Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn bedanke ich mich für die CDU-Fraktion bei allen in der Verwaltung für die Arbeit am Haushalt 2017. Zusammen mit der Diskussion über "Ziele und Kennzahlen" haben wir sehr gute Beratungsgrundlagen. Unser besonderer Dank gilt der Kämmerin und den Damen und Herren der Kämmerei für Ihren Einsatz, für Ihre Arbeit – und für die gemeinsamen Ergebnisse.

Ende Januar ist Murmeltiertag, schreibt die Aachener Zeitung. Alljährlich wiederholt sich in der Januarsitzung der Vorgang zur Verabschiedung des Haushalts. Alljährlich sind Art und Weise sehr ähnlich. Alljährlich beschreiben wir das Positive und die Opposition das Negative. Alljährlich folgt der Rat den Vorträgen der Fraktionen eifrig. Alljährlich präsentiert sich die Verwaltung geschlossen und nimmt die Hinweise der Debatte freundlich auf. Alljährlich beträgt das Defizit gut 33 Millionen Euro. So auch dieses Jahr – oder mit den Worten von Thomas Mann:

*Eine schmerzliche Wahrheit ist besser als eine Lüge. (Thomas Mann )*

33 Millionen Euro Defizit – ist das wirklich nicht auszugleichen?

Sie haben die Zahlen gelesen:

- 39 Mio. für Personalmanagement und
- 36 Mio. für das Management der Gebäude,
- 42 Mio. für Kitas und Tageseinrichtungen,
- 43 Mio. für die Hilfe an junge Menschen und ihre Familien,
- 37 Mio. für Theater, Konzerte, Museen, Ausstellungen, Bibliotheken.
- 24 Mio. für den Erhalt der Straßen und
- 14 Mio. zur Brandbekämpfung.

Für Quellen und Kurbetrieb zahlen wir rund 4 Mio., noch einmal den gleichen Betrag für die VHS, fast 3 Mio. für Schwimmbäder und Sportstätten ... und die Sportvereine nutzen die Sportstätten kostenlos. Die Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer bleiben stabil.

Alljährlich verzichten wir darauf, Kernfelder der Stadt zu stützen. Alljährlich sichern wir über den Haushalt wesentliche Anker der Stadtgesellschaft. So auch dieses Jahr.

Läge es da nicht nah, mit einem beherzten Streich das Defizit auszugleichen? Genau das machen wir nicht. In veränderten Zeiten, in denen Populisten populär scheinen, verzichten wir auf den populistischen Weg.

Alljährlich quälen wir uns durch ein Haushaltswerk, das unsere Eigenständigkeit erhält. Alljährlich ringen wir zäh darum, die Verantwortung für die Aktivitäten nicht an die Bezirksregierung in Köln abzugeben. Und: wir geben nicht auf, um Verbesserungen zu kämpfen. Noch einmal Thomas Mann:

*Phantasie haben heißt nicht, sich etwas ausdenken,  
Es heißt, ... aus den Dingen etwas machen. (Thomas Mann)*

Alljährlich seit Beginn der großen Koalition lauten unsere Eckpunkte:

1. Stärkung des Wirtschaftsstandorts,
2. Stärkung der Bildungsangebote,
3. Stärkung des Wohnungsmarktes.

Diese drei Säulen beschreiben die Entwicklung der Stadt, wie wir sie betreiben und weiter betreiben wollen. Der Kern für die Entwicklung und Veränderung der Stadt heißt Wissenschaftsstadt. Wissenschaftsstadt ist nicht elitär-akademisch. Wissenschaftsstadt ist nicht Marketing und bunte Bilder.

Wissenschaftsstadt ist Zukunftschance für alle. Wissenschaftsstadt ist der Schlüssel für die gute wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region – in der Vergangenheit und noch mehr in der Zukunft. Wissenschaftsstadt bedeutet: Arbeitsplätze, Bildung und Ausbildung, Lernorte und Schulen, Lebensqualität, Kultur. Wissenschaftsstadt bedeutet Lebensmöglichkeiten für alle.

Alljährlich mahnt die Opposition das Soziale in der Stadt an. Aber ist die Stärkung des Arbeitsmarktes nicht sozial? Ist der Ausbau des Angebotes von Kitas und Randzeitenbetreuung, Schulen und offenen Ganztagschulen nicht sozial? Ist die Erhöhung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum nicht sozial? Alljährlich finden wir, eine starke Wissenschaftsstadt ist eine starke soziale Stadt. So auch dieses Jahr.

Eine Konsequenz aus Wissenschaftsstadt ist der Abschluss der Bebauungspläne Campus West und Büchel. Sie müssen in 2017 soweit fertig gestellt werden, dass Baumaßnahmen in 2018 starten können. Beide Bebauungspläne sind wichtige Bausteine für die Hochschulen und die Stadt. Die Grundsatzentscheidungen sind getroffen, 2017 heißt es jetzt, Entscheidungen umsetzen – und nicht zerreden.

Ein weiterer Schwerpunkt 2017 muss die Verbesserung des Leistungsangebotes der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger sein. Bürgerservice für die

Menschen heißt, die Warteschlangen müssen kürzer werden. Bürgerservice und Bezirksämter bilden ortsnahe Servicepunkte für eine Vielzahl von Dienstleistungen.

Alljährlich folgt jetzt die Nennung der Vielzahl der Aktivitäten, die wir als Stadt für die Bürgerinnen und Bürger umsetzen:

- Stärkung des Ordnungsamtes, damit Sicherheit auch zu sicher fühlen wird.
- Aufbau der Elektromobilität, damit dem Verkehr nicht die Luft ausgeht.
- Sicherung von Kaltluftzonen, damit durch die Stadt ein frischer Wind weht.
- Einrichtung des Centre Charlemagne, damit Touristen bei uns ankommen.
- Start des Depots Talstraße, damit Aachen-Nord einen Impuls bekommt.

Alljährlich dann noch der abschließende Hinweis, dass wir uns mit dem Haushalt an dem Machbaren und nicht an dem Wünschbaren orientieren.

Ja, es ist Murmeltiertag. Ein ruhiger Tag. Ein Tag ohne Überraschungen. Wäre es anders, hätten wir eine lebhaftige Ratssitzung. Wir hätten dann auch einen Haushalt, der nicht genehmigungsfähig ist. Wir würden nicht selbständig entscheiden, was für uns Vorrang hat. Oder wie es der Dalai Lama sagt:

*Denke daran, dass etwas, was Du nicht bekommst,  
manchmal eine wunderbare Fügung des Schicksals sein kann. (Dalai Lama)*

## **Haushaltsrede 2017**

**Michael Servos**

**– Es gilt das gesprochene Wort –**



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

keine Haushaltsdebatte kommt ohne Rituale aus. Manche sind berechtigt und sollen gepflegt werden, andere sind ob ihres Mehrwerts für die politische Kultur zu überdenken. In die erste Kategorie gehört der ehrliche Dank an alle, die dazu beigetragen haben, dass es erneut gelingt, einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der der Stadt Luft zum Atmen und der Politik Raum zum Handeln lässt: **Ich danke daher Annekathrin Grehling, dem gesamten Team der Kämmerei und allen weiteren Beteiligten in der Verwaltung im Namen der SPD-Ratsfraktion sehr herzlich!** Wir wissen Ihre engagierte Arbeit sehr zu schätzen.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Abgeordneten in Land- und Bundestag, die in den vergangenen Jahren viele Entwicklungen in unserer Stadt durch entsprechende Entlastungen erst ermöglicht haben.

Schließlich gilt mein Dank auch Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in den Fachausschüssen kritisch und konstruktiv am Entstehen dieses Etats mitgearbeitet haben.

In die zweite Kategorie der Rituale - also die, die es zu überdenken gilt - gehört das Format der heutigen Abschlussreden. **Was bringen Haushaltsdebatten, wie in den letzten Jahren, deren Ergebnisse jeweils schon im Voraus feststanden?** Was bringen Reden, denen niemand mehr folgt und die von der Öffentlichkeit eher als eine Beschäftigung der Politik mit sich selbst wahrgenommen werden?

Ich wage hier eine Prognose: Die Kolleginnen und Kollegen, die gleich nach mir sprechen, werden der Ratsmehrheit in wechselnder Intensität Untätigkeit vorwerfen, die einen werden dabei den Fokus auf das Stadtklima legen, die anderen auf Soziales, auf die Haushaltskonsolidierung oder mangelnde Transparenz.

Sie alle werden hehre und an vielen Stellen richtige Ziele vortragen. Sie alle werden auch wissen, dass der Vorwurf der Untätigkeit nicht gerechtfertigt ist. Erheben werden sie ihn dennoch. Vermutlich folgt zuletzt noch ein mit alternativen Fakten gespickter Beitrag aus dem Off. Manche Reden werden ernst sein, andere heiter. Einige garniert mit mehr oder weniger sinnstiftenden Zitaten.





Ich habe mir für heute vorgenommen, es mit Willy Brandt zu halten, der gesagt hat: „Wer mit den Problemen unserer Zeit fertig werden will, sollte die Zitatebibel zu Hause lassen.“

Unser Kollege Boris Linden hat anlässlich der Sitzung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche alle Rahmendaten benannt und Themenpflocke gesetzt. Ich halte es nicht für erforderlich, ihn hier zu zitieren. Tatsächlich hat ja die echte Haushaltsdebatte längst stattgefunden. Sie hat, von der Einbringung des Haushaltes bis heute, drei Monate gedauert und wurde von den Fraktionen mit großer Ernsthaftigkeit und Detailtiefe über viele Stunden in den Bezirksvertretungen, Fachausschüssen und Fraktionsklausuren geführt.

**Ich sehe keinen Sinn darin, Ihnen Inhalte vorzutragen, über die wir schon debattiert haben und die schon mehrfach medial übermittelt wurden.**

Nun hört man schon ganz leise aus der Ferne die Fragen: „Und was ist jetzt mit dem Bezug zum Haushalt?“; „Wo ist der Bezug zu Aachen?“; „Hat er denn gar nichts vorzuweisen?“; „Wo bleibt der Respekt vor der Debatte?“.

Die Antwort habe ich eben gegeben: Rituale Klasse 2 bringen uns nicht weiter. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auf ein anderes Thema einzugehen:

In den vergangenen Monaten ist mir eine bislang unbekannte Aggressivität in unserer Gesellschaft aufgefallen. **Viele Gespräche münden in destruktiver Empörungskultur. Manchmal sogar in persönlichen Anfeindungen. Es wird wahlweise gegen „die Gutmenschen“, „die Politik“, „die Asylanten“ oder andere pauschal gehetzt.**

Auch das grundsätzliche Misstrauen gegenüber den Medien, der „Lügenpresse“, und staatlichen Institutionen ist Teil des Phänomens.

Selbst wir Ratsmitglieder, die traditionell fair, offen und hart in der Sache miteinander zusammenarbeiten, lassen uns vereinzelt dazu hinreißen, uns gegenseitig die Ernsthaftigkeit, Wahrhaftigkeit und das Interesse, etwas bewegen zu wollen abzusprechen. Wir haben ein Klima des Misstrauens erreicht, in dem sicher geglaubte Fundamente unserer Gesellschaft erodieren.

Wenn jemand mit einem sexistischen, rassistischen und behinderten-feindlichen Weltbild Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden kann. Jemand, der



sagt: "Vom heutigen Tag an wird es nur noch Amerika zuerst heißen." - Ein Zitat, bei dem man weiß, dass es auf eine rassistische Bewegung der 30er Jahre zurück geht.

Wenn in Deutschland wieder Typen zugejubelt wird, die den Holocaust verharmlosen und auf einem völkischen Kongress ernsthaft behauptet wird, blonde Frauen könnten nicht angstfrei ihr Haar zeigen. Wenn dort ernsthaft von Europa als "Unterdrückung der Völker" gefaselt wird.

Wenn eine Mehrheit in Großbritannien vergisst, was die Europäische Union bedeutet - nämlich 70 Jahre Freiheit und Frieden für unseren Kontinent.

**Dann ist es an der Zeit, dass wir Demokratinnen und Demokraten uns auf unsere Wurzeln besinnen und Seite an Seite Paroli bieten.**

"Europa ist eine Frau, jetzt mittleren Alters, die mehrere Herzinfarkte hinter sich hat. Sie durchlebt gerade die größte gesundheitliche Krise ihres Lebens..." (nach Timothy Garton Ash)

Gerade wir in Aachen, der Stadt des Karlspreises, des Bürgerpreises für Frieden und Freiheit in Europa, tragen jetzt eine besondere Verantwortung. **Stärker denn je müssen wir heute Herz und „Klenkes zeigen“ für ein vereinigtes Europa; „Klenkes zeigen“ für offene Grenzen; „Klenkes zeigen“ für Solidarität unter den Völkern; „Klenkes zeigen“ gegen Homophobie, Sexismus und Ausgrenzung.**

Gemeinsam müssen wir denen widersprechen, die unsere Gemeinschaft aus dem Gleichgewicht bringen wollen. Unsere Anstrengung muss es sein, den Menschen in unserer Stadt zu vermitteln, dass es richtig ist, um die besten Ideen zu streiten, ohne dabei den Respekt voreinander zu verlieren.

**Im Moment habe ich das Gefühl, dass wir uns in unserer politischen Kultur und dem veröffentlichten Bild von Politik und Verwaltung in einer Abwärtsspirale befinden.** Eine Abwärtsspirale, die wir selbst mit antreiben und die wir eines Tages vielleicht nicht mehr aufhalten können. Viel zu oft wird Politik und Verwaltung öffentlich pauschal „Böser Wille“, „Inkompetenz“, „Untätigkeit“ oder „mangelnder Idealismus“ unterstellt.

Ich sehe hier Demokratinnen und Demokraten, die sich zur Wahl gestellt haben. Mit sehr unterschiedlichen Idealen. Mit sehr verschiedenen Vorstellungen von unserer Zukunft. Aber alle mit dem Willen etwas zu verändern. Weil sie wissen, dass sie etwas zur Entwicklung unserer Stadt beitragen. Dafür setzen sie sich ehrenamtlich jeden Tag ein. Mit Herzblut und Überzeugung. **Das ist das Fundament unserer Demokratie.**

Bitte verstehen Sie das nicht als Plädoyer für einen politischen Einheitsbrei. In der Politik ist nichts alternativlos. Auch in Zukunft wollen und werden wir streiten und unterschiedliche Positionen vertreten. Werden Alternativen aufzeigen und Regierungsprogramme umsetzen. Es ist sicher nicht mein Ziel, Inhalte nur noch interfraktionell auf den Weg zu bringen oder Kritik zu unterbinden.

"Wir werden uns niemals alle einig sein, und das wäre auch nicht gut. Doch wir müssen uns darum bemühen, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir uns darüber einig sind, wie wir uneinig sind." (nach Timothy Garton Ash) **Von entscheidender Bedeutung ist dabei aber, dass wir bei allem Werben um Zustimmung für unsere Inhalte den Respekt vor der Arbeit und dem Engagement der anderen nicht verlieren.**

Dass wir nicht negieren, dass wir alle echte und intensive Arbeit in die Entwicklung dieser Stadt stecken, dass wir alle Ideale haben. Dass wir einen Umgang und Formate finden, die mehr Lust machen, sich mit der Politik zu beschäftigen, statt sich abzuwenden.

Wenn ich in diesem Jahr also anstelle der üblichen Eigenwerbung eine Haushaltsrede ohne Bezug zum Haushalt halte, dann weil ich mir etwas wünsche: **Machen wir uns im kommenden Jahr trotz aller Wahlkämpfe gemeinsam auf den Weg.** Zeigen wir umso deutlicher, dass Politik mehr kann, als Vorwürfe auszutauschen. Dass Politik debattieren, streiten und gestalten kann, ohne dabei den Respekt vor dem Engagement und der Arbeit der Konkurrenz im Wettbewerb um die richtigen Schwerpunkte und die besten Ideen zu verlieren.

Diesen Wunsch richte ich an alle Fraktionen, auch an meine eigene.

Vielen Dank!

**Haushaltsrede von Ulla Griepentrog**  
**Fraktionssprecherin GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen**  
**Aachen, am 25.01.2017**

**An die Pressevertreter:**

**\*Bitte beachten Sie: Der Sperrvermerk gilt bis 25.01.2017, 18 Uhr.**

**Es gilt das gesprochene Wort.\***

## **„Gestalten und Entscheiden statt nur Verwalten“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn meiner Rede zunächst ein Dankeschön an die Adresse der Kämmerin und die gesamte Verwaltung für die Erstellung der Haushaltsplanung. Ausdrücklich bedanken möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei für die sehr engagierte Unterstützung in den letzten Wochen.

Aus Sicht der Kämmerin hätte es nicht besser laufen können: Was uns hier und heute zur Verabschiedung vorliegt, ist nicht der Haushalt einer politischen Mehrheit. Es ist mit nur wenigen Änderungen der Haushalt der Kämmerin, so wie sie ihn vor ein paar Monaten als Entwurf eingebracht hat.

**Und es ist wie in den letzten beiden Jahren: Die Mehrheit setzt leider kaum Akzente.**

Damit wir Ihnen nicht wieder Untätigkeit vorwerfen, haben Sie in der letzten Woche noch mal versucht, in der Presse Ihre Errungenschaften darzustellen. Deshalb wollen wir auch nicht ungerecht sein und genauer hinsehen.

Wichtig ist Ihnen, wie Sie immer wieder betonen, die Wissenschaftsstadt. Deshalb stellen Sie 20.000 Euro für ein Wissenschaftsbüro und 8.200 Euro für das Projekt Shopping Lab zur Verfügung. Diese Investitionen in die Zukunft unserer Stadt sind sicher gut angelegtes Geld, aber einen Schwerpunkt „Wissenschaftsstadt“ kann man daraus wohl kaum ableiten.

Für die ÖPNV-Bevorrechtigung an Ampeln greifen Sie tiefer in die Tasche. Hierfür 50.000 Euro bereitzustellen, ist aus unserer Sicht eine richtige Maßnahme, die wir unterstützen.

Ebenfalls gemeinsam mit den anderen Fraktionen haben Sie die Zuschüsse an freie Träger im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich – im Wesentlichen aus Stiftungsmitteln – angehoben. Auch gut.

Außerdem bauen Sie die Bürgerservicebereiche in den Bezirksämtern aus. Jeder Stadtbezirk bekommt eine halbe Stelle zusätzlich für das Einwohnermeldeamt.

Also, Ihre Themen sind Bürgerservice und Wissenschaft. Das hört sich gut an. Aber 78.200 Euro Mehrausgaben und eine halbe Stelle für die Bezirke? ... Das ist für eine solch breite Ratsmehrheit doch sehr blass. Die Schwerpunkte Ihres Haushalts sind damit als solche nicht wirklich zu erkennen.

**Die Richtung des Haushalts wird von der Kämmerin vorgegeben, SPD und CDU im Rat der Stadt verzichten einmal mehr auf ihren Gestaltungsanspruch.**

Dafür arbeiten Sie für die Öffentlichkeit vorzugsweise mit großen Bildern und Etiketten. Das kommt gut an. So machen Sie es auch beim Wohnungsbau. Sie setzen voll auf Bodenvorratspolitik und strategischen Grunderwerb. Leider verlagern Sie dabei nur Gelder von einer in die andere Haushaltsposition. Die 600.000 Euro, die Sie bereitstellen wollen, stammen aus dem Verzicht auf den Anschluss der Siedlung Panneschopp an das Fernwärmenetz. Dass Sie nicht besonders für Umwelt- und Energiepolitik zu haben sind, wissen wir ja mittlerweile. Aber es steht doch außer Frage, dass gerade für die alten Stadtviertel die Fernwärme doch die optimale Wärmeversorgung ist.

Die Grundstücke im Richtericher Dell sind ein gutes Beispiel für strategischen Grunderwerb. In den 80er Jahren wurden die Flächen gekauft, um ein neues Wohngebiet zu errichten. Wie wäre es damit, dieses Projekt jetzt endlich anzupacken? Aber Sie haben gesagt: 2022, vielleicht ...!

**Es ist wirklich unverantwortlich, wie Sie die Zukunftsthemen in unserer Stadt liegen lassen.** Sie machen sich tatsächlich der Unterlassung schuldig. Sie streichen trotz des anerkanntermaßen großen Wohnungsmangels alle Projekte der städtischen Wohnungsanierung und Instandsetzung aus dem Haushaltsplan bis 2020.

Die vielen Baukräne, die wir überall in der Stadt sehen, drehen sich über Baustellen, weil die Projekte vor vielen Jahren mit GRÜNER Beteiligung auf den Weg gebracht wurden. Wir wissen alle nur zu gut, wie lange manche Projekte brauchen, bis es endlich soweit ist. Über der konkreten Planung der aktuellen Bauprojekte der GeWoGe sind viele Jahre ins Land gegangen. Wie lange hat die Kaiserplatzgalerie gebraucht bis zum ersten Spatenstich? Das Parkhaus Büchel haben wir gemeinsam in den letzten 25 Jahren schon mehrfach abgerissen und es stehen immer noch Autos in den Parkdecks.

Man kann den Wohnungsmangel nicht von heute auf morgen, sondern nur mittelfristig und mit einem kontinuierlichen Wohnungsbauprogramm beseitigen. Der Sanierungsstau im städtischen Wohnungsbestand muss zudem konsequent abgebaut werden. Sie sagen doch selbst, wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen.

Auch nur halbherzig werden die Maßnahmen zur Luftreinhaltung umgesetzt. Bei der Anschaffung von Elektrobussen haben Sie kräftig auf die Bremse getreten und auch der Nachrüstung von ASEAG-Bussen mit Stickstoffdioxid-Filtertechnik verweigern Sie die Zustimmung. Dabei ist es unsere Pflicht, alles in unserer Macht stehende zu tun, die Schadstoffgrenzwerte endlich einzuhalten. Scheitert die Stadt an dieser Aufgabe, werden Fahrverbote das letzte Mittel sein. Die Menschen haben ein Recht auf saubere Luft.

**Die Stadtgesellschaft erwartet eine vorausschauende Politik, die die Zukunft plant und konkrete Konzepte entwickelt und umsetzt.**

Das gilt auch beim Thema Kinder, Jugend und Schule: Der steigenden Nachfrage bei der Kinderbetreuung muss die Stadt gerecht werden. Bei den Tagesstätten fehlen konkrete Projekte. Gerade einmal 66 neue U3-Plätze können im Kindergartenjahr 2017/2018 neu geschaffen werden. Vor ein paar Jahren wurden wir von der SPD – damals in der Opposition – dafür verprügelt, wenn nicht mindestens 150 Plätze pro Jahr geschaffen werden konnten.

**Wir brauchen auch hier eine kontinuierliche Maßnahmenplanung.** Wir haben zum Beispiel mit dem Mensenbauprogramm, das wir 2009 unter GRÜNER Beteiligung aufgelegt haben, in fünf Jahren 14 Millionen Euro investiert und acht neue Schulmensen in Gymnasien und Realschulen gebaut. Heute ist absehbar: Wir werden auch an jeder Grundschule eine kleine Mensa brauchen. Das alles will mittelfristig geplant und finanziert werden. Und damit muss man jetzt beginnen.

Und obwohl es ebenfalls eine steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen in den Offenen Ganztagschulen gibt, sind Sie auch hier nur halbherzig an einem weiteren Ausbau interessiert. Vor vielen Jahren zur Einführung der OGS haben wir uns eine Zielquote von 70 Prozent gesetzt. Die haben wir heute erreicht. Unseren Antrag im Schulausschuss, die Zielquote auf mindestens 80 Prozent zu erhöhen und entsprechende Haushaltsmittel vorzusehen, haben Sie abgelehnt. Stattdessen stellen Sie den Antrag, die Verwaltung solle den Bedarf prüfen. Das sind doch Nebelkerzen! Sie kennen die Bedarfe und die räumliche Enge an manchen Schulen. Mit den Mitteln aus dem rot-grünen Landesprogramm „Gute Schule 2020“ hätten wir hier aus unserer Sicht einen großen Schritt weiter kommen können.

Wenn wir die Stadt weiterentwickeln wollen, müssen wir heute auf den Weg bringen, was in fünf Jahren umgesetzt sein soll. Der Haushalt ist das Instrument, mit dem Politik die Stadt gestalten kann. Lassen Sie mich dazu ein kurzes Szenario entwerfen:

### **Wie könnte Aachen in fünf bis zehn Jahren aussehen?**

**Auf dem Gelände des heutigen Bushofs** könnte ein neues Bildungszentrum mit Volkshochschule und Bibliothek entstanden sein. Die Couvenstraße könnte entwidmet und der Bereich von Sankt Peter bis zur Klangbrücke mit Grünanlagen und Wasserflächen im Herzen der Stadt neu gestaltet sein.

**In dem Gebäude der Annaschule** ist eine Gemeinschaftsgrundschule entstanden, in die Schule am Fischmarkt ist stattdessen eine Innenstadt-Kita eingezogen und auf Teilen des alten Schulhofs ist die lange ersehnte vierte Innenstadtturnhalle errichtet worden.

**Mit dem Bau der neuen Sporthalle** kann endlich das umgesetzt werden, was die meisten Aachener schon lange vermissen: Das historische Umspannwerk an der Minoritenstraße ist zu einer innerstädtischen Markthalle umgebaut worden. Neben Marktständen gibt es dort jetzt Gastronomie, Delikatessen und Bioprodukte. Es geht wieder aufwärts mit der Großkölnstraße und zwischen der Markthalle und der Citykirche ist ein schöner Platz mit altem Baumbestand entstanden, der zum Verweilen einlädt.

**Auch am Theater** kann neuer Stadtraum entstehen, der bisher eher abseits und wenig Aufenthaltsqualität hatte. Ein großzügiger Platz setzt den klassizistischen Theaterbau gebührend in Szene. Niveaugleich queren die Fußgänger die heutige Straße vom Hotel „One“ auf die

Theaterplatzseite zum Kaffeetrinken. In der Theaterstraße teilen sich fahrende und parkende Autos, Busse und Fahrräder die vier Fahrstreifen. Die historischen Gehwege sind frei von Autos neu angelegt und laden Fußgängerinnen und Fußgänger zum Flanieren ein, die alte Baumallee erstrahlt in neuem Glanz.

Ich könnte fortfahren: Dreifachhalle am Tivoli, Neubau Verwaltungsgebäude, Entwicklung Aachen-Nord und Jülicher Straße, Wohnungsbau im Richtericher Dell, Gründung einer fünften Gesamtschule. Aber ich denke, es ist schon deutlich geworden, was wir sagen wollen.

Nahezu keines dieser Themen, geschweige denn Planungen dazu, finden wir in Ihrem Haushalt.

**Wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge werden von Ihnen nicht angepackt.**

„Alles nicht finanzierbar“ werden Sie uns entgegenhalten. Seit Jahren schon versuchen Sie, Ihre Untätigkeit und Konzeptionslosigkeit mit dem Hinweis auf leere Kassen zu rechtfertigen.

Dieser Haushalt bietet durchaus den notwendigen Gestaltungsspielraum, Konzepte zu entwickeln und Projekte konkret auf den Weg zu bringen – Mal ganz abgesehen von dem ständigen Auf und Ab der Haushaltsansätze in den letzten Wochen, mit denen eine verlässliche Prognose der tatsächlichen Haushaltsentwicklung in den nächsten vier Jahren tatsächlich nur schwer möglich zu sein scheint.

Wir würden uns wirklich wünschen, Sie hätten einen Plan, einen Plan dafür, wie sich unsere Stadt in den nächsten Jahren entwickeln soll. Stattdessen sind Sie sich nicht zu schade dafür, den Zuschuss für ein kleines Projekt aus dem Jugendbereich, das der Kinder- und Jugendausschuss befürwortet hat, im Finanzausschuss wieder zusammenzustreichen. Und selbst so ganz kleine Projekte wie die „Familiengrundschulen“ in Haaren und Driescher Hof finden bei Ihnen keine Gnade.

Zeigen Sie doch bitte nicht an einer Stelle Stärke, wo es inhaltlich wirklich nicht angebracht ist. Zeigen Sie Ihre Stärke lieber an den Stellen, wo es um die Zukunft Aachens geht.

**Nehmen Sie Ihre Aufgabe endlich an und gestalten Sie die Stadt!**

Dazu bieten wir Ihnen gerne die Zusammenarbeit an.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

An die Redaktionen

Aachen, 24. Januar 2017

**Haushaltsrede 2017 (Sperrvermerk 25.1.2017, 17<sup>00</sup> Uhr)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen unserer Fraktion ganz herzlich bei Ihnen, Frau Grehling, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit hinsichtlich der Erstellung des Haushaltsplans 2017 bedanken, was bei einem Defizit von mehr als 33 Mio. Euro sicherlich keine einfache Aufgabe war.

Angesichts einer so schwierigen Haushaltssituation ist in der Politik sehr oft zu hören, dass wir sparen müssen. Aber genau das ist nicht möglich, wie der CSU- Politiker Eberhard Sinner sehr trefflich formuliert hat: „Sparen heißt normalerweise, dass Sie Geld, das Sie haben, nicht ausgeben. Wenn wir im Haushalt über Sparen reden, heißt das, wir geben Geld, das wir nicht haben, nicht aus“. Wir müssen also vielmehr von Kürzungen und Verlagerungen bei den Ausgaben sprechen, die aber auch nicht nötig wären, wenn der Bund die Kommunen finanziell endlich so ausstatten würde, dass die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben im Sinne der BürgerInnen erfüllen könnten. Da dies aber nicht der Fall ist, stellt sich die Frage, bei welchen Ausgaben die Politik Kürzungen vornimmt. Hier vertritt DIE LINKE eine klare Position: Wenn das Geld knapp ist, müssen es die Menschen bekommen, die es am dringendsten benötigen, weil sie sozial benachteiligt sind.

Und so ist es nur folgerichtig, dass unsere Fraktion dem Projekt Wissenschaftsstadt der Großen Koalition das Projekt Soziale Stadt gegenüber stellt. Und das ist leider bitter nötig. Auch in Aachen nimmt die Armut zu. Nahezu jeder fünfte Einwohner ist davon betroffen und fast jedes vierte Kind wächst in armen Verhältnissen auf. Im November 2016 bezogen 4.138 Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Zu berücksichtigen ist hier auch, dass die Dunkelziffer derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben und keine Anträge auf Transferleistungen stellen, sehr hoch ist. Hinzu kommt, dass die Altersarmut in den kommenden Jahren drastisch ansteigen wird.

Auch wenn diese Entwicklung vor allem bundespolitische Ursachen hat, müssen wir kommunalpolitisch alles tun, um die Folgen von Armut zu verringern und abzumildern. Da reichen die Maßnahmen, die aus dem Sozialentwicklungsplan erwachsen sind, nicht aus. Quartiersmanagement, Stadtteilbüros und Stadtteilkonferenzen als Bestandteile der sozialräumlichen Orientierung sind gut und richtig, aber es braucht mehr, um den von Armut betroffenen Menschen zu helfen. In einem Antragspaket mit dem Titel „*Der Armut Grenzen setzen*“ fordert unsere Fraktion u. a. die Einrichtung eines Runden Tisches, bestehend aus Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden, der das Ziel hat, Konzepte und Strategien zu erarbeiten, die allen Menschen in unserer Stadt eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglichen.



In diesem Zusammenhang sind auch der Ausbau und die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit zu nennen. Diese hilft den SchülerInnen nicht nur, Krisen zu bewältigen, sondern sie wirkt auch schulbegleitend und kann so gerade auch sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss führen. DIE LINKE hat darum, zusammen mit den GRÜNEN, den Antrag gestellt, für die Schulsozialarbeit jährlich 500.000 € mehr in den Haushalt einzustellen. Allen Schulen, die einen entsprechenden Bedarf anmelden, sollte mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte die Verwaltung beauftragt werden, die Kostenübernahme durch Land und Bund einzufordern. Leider wurde dieser Antrag von der Großen Koalition mit Hinweis auf die angespannte Haushaltssituation abgelehnt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle eine Zwischenbemerkung. Es ist in Ordnung, in der politischen Debatte auf eine schwierige Haushaltssituation hinzuweisen, aber es ist nicht in Ordnung, mit einem solchen Hinweis jede Diskussion über politische Forderungen und Ziele im Keim zu ersticken.

Im Sinne von mehr Chancengleichheit in der schulischen Bildung sollten wir im Übrigen unverzüglich mit der Planung einer weiteren Gesamtschule in Aachen beginnen.

Auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege spielen für die soziale Arbeit in Aachen eine wichtige Rolle. Die beantragten Zuschusserhöhungen aufgrund gestiegener Personal- und Sachkosten sind gerechtfertigt, wurden aber von der Großen Koalition nur zum Teil bewilligt, was de facto eine Kürzung darstellt und nicht zu akzeptieren ist. Und nebenbei bemerkt: Würde man auf den unsinnigen Beitritt zur Metropolregion Rheinland verzichten, hätte man mit dem in den Haushalt eingestellten Mitgliedsbeitrag von 22.000 € zum Beispiel den von den Wohlfahrtverbänden gewünschten und notwendigen Erhöhungen im Sozialausschuss nachkommen können.

Ebenfalls nicht zu akzeptieren ist die Tatsache, dass es zu Stromsperren kommt, weil Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Hiervon sind in Aachen bei den Kunden der STAWAG seit Jahren relativ konstant ca. 1.480 Privathaushalte betroffen, die durch die vorhandenen Maßnahmen, die wir unterstützen, nicht erreicht werden. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion die Einrichtung eines Härtefallfonds beantragt, der genau diesem Personenkreis helfen sollte. CDU und SPD haben diesen Antrag gleich im Rat abgebugelt und verhindert, dass er im zuständigen Sozialausschuss ausführlich mit den entsprechenden Fachleuten beraten wird. Für die Große Koalition sind das Thema und die betroffenen Menschen damit erledigt – für DIE LINKE noch lange nicht!

An dieser Stelle möchte ich aber auch einmal ein Lob aussprechen. Es ist gut und notwendig, dass zusätzliche Stellen in verschiedenen Fachbereichen eingerichtet werden. Unsere Fraktion versteht jedoch nicht, warum man bei dieser Gelegenheit nicht auch die Wiederbesetzungssperre in der Verwaltung abgeschafft hat. Viele MitarbeiterInnen haben ihre Belastungsgrenze nicht nur erreicht, sondern überschritten. Hinzu kommt, dass die Aufgaben vielfach wegen fehlendem Personal extern ausgeschrieben werden müssen, was oft deutlich teurer ist als eine interne Bearbeitung.

Wenn es um das Thema Stadtentwicklung und -planung geht, stellt sich DIE LINKE immer die Frage, in welcher Stadt wir leben wollen. Dabei haben wir die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt im Blick und nicht die profitorientierten Wünsche der Investoren. Darum werden wir die Entwicklung des Altstadtquartiers Büchel auch weiterhin aufmerksam und kritisch begleiten, damit hier ein Viertel mit hoher Wohn- und Aufenthaltsqualität und mit vielen Grünflächen entsteht. Vor dem Hintergrund einiger irritierender Aussagen in den vergangenen Wochen möchte ich für unsere Fraktion eines in aller Klarheit sagen: DIE LINKE steht zu den mehrheitlich beschlossenen städtebaulichen Zielen, die im Falle des Nikolausviertels ausdrücklich Bordellbetriebe in der Antoniusstrasse vorsehen. Das ist, die FDP ausgenommen, Konsens.

Die Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum ist eine der dringendsten Aufgaben für die Kommunalpolitik in Aachen. Es muß alles dafür getan werden, dass Menschen mit wenig Geld auch

in Zukunft in der Innenstadt wohnen und leben können. Die Bemühungen von CDU und SPD reichen hier bei weitem nicht aus. Warum entscheiden wir uns nicht, je nach Wohnlage, für bis zu 50 Prozent öffentlich geförderten Wohnraum, und wann erlassen wir endlich eine Zweckentfremdungsverordnung?

Meine Damen und Herren, seit Jahren wird in Aachen über die Luftreinhaltung diskutiert. Trotz unterschiedlicher Maßnahmen liegen die Stickstoffdioxidwerte weiterhin deutlich über dem Grenzwert, und auch wenn die Feinstaubwerte zurückgegangen sind, bleiben sie für die EinwohnerInnen gefährlich. Für DIE LINKE hat die Gesundheit der Menschen oberste Priorität. Während die Große Koalition noch immer dem Auto huldigt, wollen wir den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen und uns stattdessen für ein besseres Radwegenetz und einen attraktiveren ÖPNV stark machen. Dazu gehört aber auch, dass Bezieher\*innen von Transferleistungen mobil bleiben. Die Preiserhöhung beim Mobil-Ticket auf nunmehr 32 € ist da sicherlich der falsche Weg.

Ein falscher Weg im Sinne von mehr Bürgerbeteiligung war auch die Einrichtung des Bürgerforums im Jahr 2009. Es hat die Erwartungen nicht erfüllt und wurde, von wenigen Themen abgesehen, von den BürgerInnen nicht wirklich angenommen. Die Wiedereinführung der Fragestunden in den Fachausschüssen, die DIE LINKE wiederholt gefordert hat, ist eine Möglichkeit, die EinwohnerInnen wieder stärker in die politischen Beratungen einzubinden.

Wenn wir von einer sozialen Stadt sprechen, ist damit nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die kulturelle Teilhabe für alle Menschen gemeint. Aus diesem Grund werden wir uns auch in Zukunft für einen regelmäßigen kostenlosen Eintritt in die Aachener Museen einsetzen. Auch die Mittel für die freie Kultur können nicht davon abhängen, ob der Kulturbetrieb Überschüsse erwirtschaftet. Schließlich fordert unsere Fraktion eine Erhöhung des Medienetats der Stadtbibliothek, der seit nunmehr zehn Jahren nicht mehr angehoben worden ist.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsplan setzt die falschen Schwerpunkte und zeigt wenig gestalterischen Willen. Darum wird DIE LINKE ihn ablehnen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat einmal gesagt: "Eine große Koalition produziert immer auch Müdigkeit". Dies gilt auch für das Bündnis von CDU und SPD in Aachen. Anstatt bei den Haushaltsberatungen auch das Gespräch mit der Opposition zu suchen, um angesichts der schwierigen finanziellen Situation in dem ein oder anderen Punkt auch zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, zieht die Große Koalition, salopp formuliert, ihr Ding durch. Von wirklichen Haushaltsberatungen kann hier nicht mehr die Rede sein. Der politischen Kultur im Rat steht das nicht gut zu Gesicht.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch zwei Anmerkungen. Die Welt ist in den vergangenen Jahren im wahrsten Sinne des Wortes in Bewegung geraten. Die vor Krieg, Hunger und Not geflüchteten Menschen sind auch zu uns nach Aachen gekommen. Der Verwaltung aber auch den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern möchten wir für ihren Einsatz bei der Aufnahme und Integration der oft traumatisierten Personen danken. Die Welt ist aber auch aus den Fugen geraten, weil die Ungleichheit zugenommen hat und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Durch diese Entwicklung droht der gesellschaftliche Zusammenhalt, auch bei uns, verloren zu gehen. Dies wird auch Auswirkungen auf kommunaler Ebene haben. Darum ist es unsere Aufgabe, hier in Aachen mit unseren Möglichkeiten immer wieder gegen Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Leo Deumens  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 12, Haushaltsplanberatungen 2017 in der Ratssitzung am 25. Januar 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

am vergangenen Freitag berichtete die Aachener Zeitung zum heutigen „Murmeltiertag“, an dem traditionsgemäß zum Abschluss der Haushaltsplanberatungen in diesem altherwürdigen Rathaus die Haushaltsreden der Fraktionen gehalten werden, dass die Mehrheit von CDU und SPD ihr „gesammeltes Maßnahmenpaket“ der Presse vorgestellt hat, da die Reden sowieso kaum jemanden mehr interessieren. Dennoch ist gerade für die Opposition heute ein wichtiger Tag, um der Mehrheit ihre Versäumnisse und falschen Prioritätensetzungen vorzuhalten!

Wir alle wissen, dass wir nur noch knapp von dem unheilvollen Haushaltssicherungskonzept entfernt sind und daher wenig Raum besteht uns Wünsche zu erfüllen. So hat der Bundesfinanzminister in seiner Haushaltsrede vor dem Deutschen Bundestag Ende November vergangenen Jahres ausgeführt, dass die Sterntaler im Märchen von Frau Holle auch nur für diejenigen vom Himmel fallen, die Gutes damit tun.

Aus diesem Grunde nun werden rund 300.000 Euro zusätzlich im Bürgerservice angesetzt und zusätzliches Personal unter der Überschrift „Dezentrale Dienste“ auch in den Bezirksämtern bereitgestellt. Im Wege einer Verbesserung des Bürgerservice ist das sicherlich lobenswert, so dass wir im Finanzausschuss diese Veränderung zur Haushaltseinbringung auch gerne unterstützt haben.

Die Freien Demokraten wollen aber Schwerpunkte setzen statt weiter nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren. Wir wollen daher mit gezielter Förderung und Anreizsetzung preisgünstigen Wohnraum schaffen, mehr Personal bei Feuerwehr und Ordnungsamt einstellen, umweltfreundliche Elektromobilität, insbesondere bei den Bussen der ASEAG fördern, die großen Bauprojekte wie Campus West, Richtericher Dell, Bluegate und Büchel – aber ohne Lauf- oder Schauhaus – beschleunigen, endlich wieder eine Buslinie über den Markt einführen, am besten natürlich von in Aachen entwickelter Elektrotechnologie angetrieben und einen Feierabendmarkt zur Attraktivierung der Altstadt einrichten.

Wir wollen Bürokratie abbauen, beispielsweise überflüssige Gestaltungs- und Straßensatzungen und eine Willkommenskultur für ansiedlungswillige Unternehmen wie Peek & Cloppenburg setzen, eine unternehmensfeindliche Wirtschaftsförderungspolitik wie bei der Decathlon-Entscheidung Ende vergangenen Jahres ist für uns Liberale nichts anderes als Protektionismus à la Trump!

Geradezu grotesk mutet es jedoch an, wenn die Mehrheit sich selbst den Sparwillen auf die Habenseite verbucht, wenn die nach 2019 wegfallenden kommunalen Beiträge zum „Fonds Deutsche Einheit“ in zweistelliger Millionenhöhe nicht wieder ausgegeben werden, sondern zur Verringerung des Defizits in der mittelfristigen Finanzplanung beitragen sollen! Würden diese wegfallenden Ausgaben nämlich anderweitig verwendet, so wäre der Gesamthaushalt eben nicht mehr genehmigungsfähig!

Wir Kommunalpolitiker haben jedoch nicht nur das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, sondern auch die Pflicht, für dauerhaft gesunde Finanzen in unserer Stadt zu sorgen.

Die Kämmerin hat dazu bei der Haushaltseinbringung im vergangenen Oktober ausgeführt, dass der absolute Wert des Fehlbedarfs zunächst mit circa 33 Millionen Euro konstant bleibt – und das trotz steigender prozentualer Verzehrgröße beim Eigenkapital – und dann zum Ende des Planungszeitraums auf 19 Millionen Euro sinkt. Dieses markante Absinken des Fehlbedarfs resultiert aus der Ausplanung der Beiträge für den angesprochenen „Fonds Deutsche Einheit“, der im letzten Jahr der mittelfristigen Planung, also 2020, eine Belastung von 12,5 Millionen Euro zur Folge gehabt hätte. Der Prozentsatz des Fehlbedarfes sinkt so von 2019 mit gut 5 Prozent, bei einmaliger Überschreitung der Fünfprozentgrenze, im Jahr 2020 auf nur noch etwas mehr als 3 Prozent. Dennoch verringert sich das Eigenkapital absolut bis 2020 auf nur noch knapp 600 Millionen Euro, so dass es sich seit dem Stand zum Ende des Jahres 2010 von 969 Millionen Euro bis zum Ende des Jahres 2024 bei Fortsetzung der unterstellten Entwicklung halbiert hat.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung, insbesondere Herrn Kind und Herr Guth, gebührt unser Dank für die Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs seit dem vergangenen Frühjahr und danach in den politischen Diskussionen zunächst mit der politischen Mehrheit, die diesen Etat letztendlich zu verantworten hat, und dann in den Beratungen in den Fachausschüssen und Bezirksvertretungen und schließlich nach den üblichen zwei Veränderungsnachweisungen im Finanzausschuss in der letzten Woche!

Ein ganz besonderes Kompliment gilt jedoch der Kämmerin selbst! Von Jahr zu Jahr wird es schwieriger einen genehmigungspflichtigen Entwurf aufzulegen. Die Zeit wird immer schnelllebiger, die Ereignisse sind unzuverlässig und kaum mehr vorhersehbar, so dass es viele Nerven kostet die Eckdaten immer wieder neu anzupassen, wenn sich Handlungsbedarf ergibt. Die Schlüsselzuweisungen fließen mit einem neuen Höchstbetrag von 116 Millionen Euro in den Haushalt, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sprudeln weiter bei etwa 178 Millionen Euro.

Daher ist es erfreulich, dass die Stadt Aachen von weiteren Erhöhungen der Hebesätze der Gewerbesteuer und Grundsteuer B nach 2014 und 2015 absieht.

Sorgen macht uns allen jedoch die Finanzierungsstruktur der Städteregionsumlage, auch wenn sie sich für die Stadt Aachen günstig auswirkt, weil anders als bei den kreisangehörigen Gemeinden nicht die Umlage als solche relevant ist, sondern die Schlussabrechnung der an die Städteregion übertragenen Aufgaben, so dass etwa drei Millionen Euro an die Stadt zurückfließen werden. Für die Städteregion, die sich gemäß § 2 des Aachen-Gesetzes nach den Regelungen der Kreisordnung im Wege der Regionsumlage refinanziert, wird dieses Verfahren jedoch nunmehr existenzbedrohlich, so dass die Haushaltsberatungen der Städteregion wegen dieser Unsicherheiten und dem erheblichen Missfallen der anderen regionsangehörigen Gemeinden von Anfang Dezember letzten Jahres auf den 06.04.2017 verschoben werden mussten. Zu diesem Zeitpunkt dürfte unsere Haushaltssatzung bereits von Frau Walsken genehmigt worden sein, so dass die Finanzsteuerung bereits mit der Erstellung des Entwurfes für 2018 beginnen kann!

Im Superwahljahr 2017 müssen sich daher alle wohlwollenden politischen Parteien für eine Anpassung des Aachen-Gesetzes mit dem Ziel einer Möglichkeit der Spitzabrechnung bei

ihren Mandatsträgern einsetzen, und vor allem bei der am 14. Mai neu gewählten Landesregierung und dem für Kommunales zuständigen Innenministerium!

Aber auch wir in Aachen müssen die Konsolidierung des Haushalts endlich angehen, denn leider wird auch die dritte Stufe des Stärkungspaktes die Kommunalverschuldung nicht nachhaltig beeinflussen. Wir müssen daher insbesondere die Sparempfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt konsequent umsetzen und nicht nur zur Kenntnis nehmen wie im letzten Jahr.

Die GPA hatte insofern folgerichtig ausgeführt, dass das strukturelle Defizit in Höhe von damals 38 Millionen Euro einen nachhaltigen Konsolidierungsbedarf begründe und es im Rahmen der notwendigen Konsolidierung zunächst gelte das neue Instrument der verstärkten Steuerung über Ziele und Kennzahlen zu nutzen, um zunächst wenigstens den derzeitigen Haushaltsstatus halten zu können. Hiermit haben wir uns alle, Verwaltung und Politik, Mehrheit und Opposition, zunächst sehr schwer getan. Erst in letzten Monaten wurden die Ziele und Kennzahlen in den Fachausschüssen thematisiert, so dass uns der Nutzen dieses wertvollen Steuerungsinstruments dann wenigstens bei den Beratungen für den nächsten Haushalt 2018 dienlich sein werden. Bis jetzt jedenfalls ist hier gerade einmal die Hälfte der Arbeit getan!

Neben einer angepassten Kosten- und Leistungsrechnung mit produktorientierten Beschreibungen der Ziele und Kennzahlen, hat die Gemeindeprüfungsanstalt eine umfangreiche Inventur, eine interne Qualitätskontrolle mit standardisierten Prozessen, die insbesondere von Freien Demokraten und Grünen immer wieder geforderte Aufgabenkritik mit Schwerpunktsetzung auf der Ausgabenseite, eine zielorientierte Personalentwicklung – aber nicht mit einer starren Wiederbesetzungssperre – eine Senkung der IT-Kosten und auch eine Kreditoptimierung sowie die Reduzierung von Wettbewerbs- und Beratungskosten sowie auch eine Aufgaben- und Flächenkritik im Gebäudemanagement gefordert.

All dies hat die Mehrheit von CDU und SPD bisher versäumt!

Natürlich ist es schmerzhaft, Standards herunterzufahren und auch einmal Nein zu sagen, wie es beispielsweise Städteregionsrat Etschenberg in seinem großen Interview mit den lokalen Zeitungen auf den Punkt gebracht, als er bei den Fraktionen im Städteregionstag mangelnden Sparwillen konstatierte.

Auch unsere Stadtkämmerin hat im vergangenen Jahr einmal deutlich „Nein“ gesagt! Es wurde den personalintensiven sechs Eigenbetrieben Kulturbetrieb, Theater, Volkshochschule, Gebäudemanagement, Stadtbetrieb und Eurogress zwar zugestanden, dass es ihnen nicht möglich ist, die entstehenden Tarifsteigerungen von deutlich mehr als einem Prozent selbst zu erwirtschaften und in ihren Wirtschaftsplänen abzubilden. Das durfte jedoch - gerade im Wege der Gleichbehandlung mit der Kernverwaltung – nicht bedeuten, dass auch über das Haushaltsjahr hinaus die zukünftig zu erwartenden Tarifierhöhungen vom Haushalt aufgefangen werden können. Der Kämmerin gebührt daher der Dank, diese Forderung der grundsätzlichen Übernahme des zukünftigen Personalrisikos der Eigenbetriebe abgelehnt zu haben!

Zurück zu den Sparvorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt! Neben einer Überprüfung des kommunalen Gebäudebestandes und einer Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten bei den KAG-Beiträgen wird vor allem eine Reduzierung der Aufwendungen im Produktbereich Kultur und Wissenschaft angeregt. Ich zitiere Seite 20 des Berichts: „ Auffällig ist der

Produktbereich Kultur und Wissenschaft. Der Jahresfehlbetrag liegt jährlich bei annähernd 40 Millionen Euro. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Betriebskostenzuschüsse an die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Stadttheater und Kulturbetrieb.“ Und im Folgenden: „der nachfolgende Vergleich zeigt, dass die Stadt Aachen zu den kreisfreien Städten mit dem höchsten Defizit je Einwohner des Produktbereiches Kultur und Wissenschaft zählt.“

Daher hat die GPA der Stadt Aachen empfohlen, kritisch zu hinterfragen, in welchem Umfang freiwillige Aufgaben im Kultur- und Wissenschaftsbereich weitergeführt oder reduziert werden können.

Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um den geänderten Wirtschaftsplan des Kulturbetriebs E 49 zum Jahresende mit unterjährigen Zuschusserhöhungen von einer Dreiviertel Million Euro in Bezug auf die Route Charlemagne, die eben schon problematisierten Tarifierhöhungen der Angestellten für 2017 und die Mehrkosten für das Depot und der nach Vorlage des Wirtschaftsplans des Stadttheater wieder aufkommenden Diskussion um den dortigen Zuschussbedarf, ist die Zeit gekommen die Erstellung der Wirtschaftspläne dieser beiden Eigenbetriebe nunmehr kritisch zu begleiten. Dem Wirtschaftsplan 2016 von E 49 hat die FDP daher im Dezember im Finanzausschuss und bei der Beschlussfassung in Betriebsausschuss und Rat schon nicht zugestimmt.

Auch der Haushaltssatzung 2017 stimmen die Freien Demokraten nicht zu!

Zwar ist es der Kämmerei wieder gelungen einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Einer kritischen sachpolitischen Analyse hält die Satzung jedoch aus unserer Sicht nicht stand!

Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wiederhole ich mein Postulat aus den Vorjahren, dass es nicht ausreicht in der Haushaltsdebatte Fensterreden zu halten und das „Regierungsprogramm“ der Großen Koalition vorzutragen, wenn davon dann im folgenden Jahr wiederum nichts umgesetzt wird! Das Haushaltssicherheitskonzept der Kölner Bezirksregierung rückt von Jahr zu Jahr näher, zumal die Bemessungsgrundlage für den Eigenkapitalverzehr immer kleiner wird und die allgemeine Rücklage alle drei Jahre um etwa 100 Millionen Euro schrumpft.

Der politischen Mehrheit fehlt jedoch leider immer noch jeglicher Gestaltungs- und Konsolidierungswille! Und da sind wir wieder beim Murmeltiertag – the same procedure as last year? – the same procedure as every year!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

## **Haushaltsrede der PIRATEN**

Gehalten von Marc Teuku, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Die Haushaltsreden sind ja irgendwie auch immer gleich.  
Die Groko trommelt sich wie ein Gorilla auf der Brust rum wie super sie sind.  
Die Grünen kommen dann ganz klassisch mit ihren Umweltthemen.  
Die FDP bringt ihren Evergreen „Senkung der Gewerbesteuer“.  
Die Linke erzählt uns dann etwas von Mangel an Sozialem, vergisst dann nur leider gegen die unfaire Satzung der Kindertagespflegepersonen zu stimmen.  
Und am Ende kommen wir Piraten mit irgendwas mit Internet oder Transparenz. Oder am besten Beiden. Open Data!

Aber keine Angst Frau Grehling, ich will gar nicht zu sehr auf das Thema eingehen. Dann hätten wir ja auch nichts mehr für den Finanzausschuss.  
Das ist ja schließlich unser Ding und wirklich passieren tut da ja eh nichts.

### **Aber jetzt zum Haushalt:**

Wir haben eben mehrfach gehört, das Haushaltsdefizit beträgt 33 Mio. Allerdings sind es in Wirklichkeit keine 33 Mio – denn einige Verluste und Risiken in den Unternehmen der Stadt wurden nicht ausgeglichen bzw. geparkt.  
In der Hoffnung auf bessere Zeiten. Oder als „Geschenk“ für die zukünftigen Generationen... Man könnte es auch ganz treffend Schattenhaushalt nennen!  
Im letzten Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft. Haben sich alle Politiker furchtbar über die Steuervermeidungstricks der großen Konzerne in Europa beschwert.

Schon ganz lustig. Von allen Fraktionen haben sie schließlich Amigos im Europaparlament, im Bundestag oder Landtag. Und ihre Amigos haben schließlich diese Gesetzeslücken mit ermöglicht bzw. schliessen sie nicht.

Ein Amigo, der Herr Junker, hat sich sogar den Karlspreis hier abgeholt. Da fragt man sich im Nachgang schon „Was war denn jetzt seine größte Leistung für Europa? Der Steuerdeal mit Ikea, Vodafone oder doch Amazon“.

Wenn wir gerade bei kreativer Auslegung von Gesetzen sind: Warum echauffieren wir uns über die Steuervermeidungstricks von Apple, Amazon und Co.?

Wir auf der anderen Seite sind ja auch ganz fit in Sachen Steuern vermeiden.

Bei der Gewoge lassen wir die Gewinne im Eurogress verschwinden und Stawag und ASEAG verrechnen wir miteinander unter dem Dach der EVA.

Wir nennen das dann aber in einem positiven Kontext. Steuerlicher Querverbund. Bei den Großkonzernen heißt es dann „Steuervermeidungstricks“.

*Uns Piraten geht es um ein Systemupdate: Verantwortung sollte verortbar sein. Sie versuchen genau das Gegenteil, damit sie immer eine Ausrede parat haben.*

### **Wissenschaftsjahr**

Die Groko hat das Wissenschaftsjahr ausgerufen. Ernsthaft? Wissenschaftsjahr? Mir steckt noch das Karlsjahr in den Knochen. Wäre Karl der Grosse heute übrigens noch lebendig, stände er mit ziemlicher Sicherheit vor dem internationalen Strafgerichtshof in den Haag und wäre angeklagt wegen Kriegsverbrechen.

Wir loben die RWTH immer in den höchsten Tönen, wie super da alles ist. Vieles davon zu recht. Leider blenden wir dann auch Punkte aus, die nicht so toll sind. Die RWTH bekommt über 100 Millionen € aus Drittmitteln von der Industrie für Forschung. Doch leider sind diese Forschungsergebnisse nicht alle für die Allgemeinheit sondern oftmals exklusiv für Großkonzerne. Hier wird dann nicht geforscht um die Forschung voran zu bringen, sondern um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der Großkonzerne zu sichern. Unter den „Kunden“ der RWTH sind dann leider auch sehr zwielichtige Organisationen.

2015 hat die RWTH knapp 280.000 \$ vom US Verteidigungsministerium bekommen zur Forschung und Kooperation mit einer Firma Namens „Charles Stark Draper Laboratory“. Das ist ein

Unternehmen, dass sich unter anderem mit der Verbesserung von Killerdrohnen ganz gut auskennt. Völkerrechtlich eher so in der Grauzone aber juckt uns ja nicht.  
Bei der US Regierung ist das eigentlich ganz schön. Die sind uns in Sachen Transparenz um einiges voraus. Da gibt es Webseiten und man kann sich alle Firmen angucken, mit denen die Regierung Geschäfte macht/e. Wir hingegen warten seit Jahren auf die Punkteliste von Frau Grehling von der Verwaltung warum wann Tagesordnungspunkte öffentlich sind und wann nicht.

### **Sicherheit**

Aus der Umfrage der Zeitung:

„Wie sicher ist Aachen?“ Die Aussage von Herrn Baal kann man da nur als postfaktisch bezeichnen: „Teilweise gibt es aber auch Ängste, weil Ecken in der Stadt als „No-Go-Areas“ empfunden werden.“

Herr Baal erzählt etwas von No-Go Areas. Ich frage mich die ganze Zeit – wo sind die in Aachen? Und wen haben sie da als Quelle.

Ich habe mir mal die Mühe gemacht und bei der Pressestelle der Polizei nachgefragt und die haben mir bestätigt, es gibt keine „No-Go-Areas“ in Aachen. Sie können also ihre Quelle beruhigen.

Ich bin immer Fan von Statistiken. Die meisten Morde werden ja auch nicht von Terroristen verübt. Die meisten Morden werde von Bekannten verübt und fast die Hälfte aller Morde sind ja Beziehungstaten. Ich bin Single und rein statistisch damit fein raus.

2015 sind weltweit keine 30.000 Menschen durch Terror ums Leben gekommen aber 400.000 durch Lebensmittelvergiftung gestorben...

Anders gesagt: wenn sie gleich unten im Ratskeller das aufgewärmte Essen zu sich nehmen, haben sie ein 13 mal höheres Risiko dabei zu sterben, als durch Terror.

*Was ich damit sagen möchte. Besonnenheit und Fakten würden uns öfters mal gut tun, statt gefühlte Wahrheiten und Leute jeck machen.*

### **ÖPNV**

Zum Thema Verkehr wollte ich jetzt eigentlich nicht so viel sagen – – – denn da haben sie ja auch alle nichts.

Was wollen sie eigentlich in Sachen Verkehr? Wollen sie mehr Bus? Wollen sie mehr Auto? Wollen sie mehr Fahrrad? Sie wollen Parkplätze erhalten. Das ist aber kein Plan. Es ist absolut kein Plan zu erkennen. Wie auch überall agiert die Groko nicht, sie reagiert nur.

Wir haben ja das Wissenschaftsjahr. Vielleicht können wir ja bei der VHS oder RWTH einen Wissenschaftskurs AVV Ticketschungel anbieten. Was es da alles für Tickets gibt.

Einzelfahrticket 1 2 3 4, dann Einfachweiterticket, Kragentarif, Aktiv Duo und Welcome Ticket.

Mich wundert, daß sich Herr Mohr noch nicht über das Pinguin Ticket beschwert hat. Es geht ja gar nicht, dass wir hier nicht deutsche Vögel in den Vordergrund stellen.

Sie wohnen ja glaube ich in Forst. Das ist dann nicht mehr Citytarif und wären 2 Verkehrszonen. Und wir würden das Ticket dann einfach V2 nennen.

Frau Grehling ich habe da nochmal eine Frage. Wie stände uns eigentlich jetzt noch so eine Campusbahn zu Gesicht? Wieviel sollte die Campusbahn pro Jahr kosten – 6 Mio?

### **Bürgerbeteiligung**

In Aachen wird ja bei jedem Wunsch nach Bürgerbeteiligung immer gerne auf unser Bürgerforum verwiesen. Aber wie sieht es denn wirklich damit aus?

*Wir nennen das Bürgerforum auch gerne piratenintern Bürgerabwimmelforum oder Themenendlagerstätte.*

Die Beteiligung der Bürger ist da ja sehr gering.

Und wenn man mal hingegangen ist, kann man das auch wirklich verstehen. Dass sie aber wirklich alle nicht daran interessiert sind, das Bürgerforum zu verbessern, haben sie in der letzten Sitzung gezeigt.

*Wenn das Bürgerforum in der Großstadt Aachen ein Erfolg wäre, müssten wir die Sitzungen im Eurogress machen.*



Aber wollen sich die Bürger denn überhaupt noch beteiligen?  
Die Politik gibt ja wenig Anlass dazu. Und viele Menschen sind von Politikern angewidert.  
Der Werdegang einiger Altpolitiker ist wirklich erstaunlich:  
Philipp Rösler wechselt ins Weltwirtschaftsforum. Altkanzler Schröder ist zu Gazprom gegangen.  
Herr Pofalla ist bei der Deutschen Bahn untergekommen.  
Aachen ist dagegen natürlich Provinz.  
*Hier in Aachen heißen Gasprom und Deutsche Bahn dann AWO, Kuba, DGB, IRR, RegionAachen und Verdi.*

Die Signalwirkung dieser Amigowirtschaft auf die Bürger ist verheerend und treibt sie in die Hände der rechten Rattenfänger, die einfache Lösungen für komplexe Probleme versprechen, die aber auch nicht mehr sind als Halluzinationen.  
Aktuell läuft das Muster in der Politik doch so ab: Ein Einpeitscher provoziert und kurz darauf relativiert es ein Parteikamerad.

Der Ziehvater von Herrn Mohr, Bernd Höcke, möchte gerne eine 180 Gradwende bei der Geschichtsaufarbeitung. Frau Petry will auf Geflüchtete schießen und Frau Storch verklickt sich. Und die Altparteien springen auf diesen Zug auf:  
Herr Gabriel sendet irgendwelche nationalen sinnfreien Sachen, kurz danach wird es relativiert. Selbst Frau Wagenknecht übt sich ja in letzter Zeit in der Technik und schmeißt dann einfach mal Geflüchtete und Terroristen in einen Topf.  
Kommunal kriegen sie diesen Spagat auch immer ganz gut hin. Frau Plum predigt uns im Finanzausschuss immer bei der Kultur werde man nochmal ganz genau auf die Finanzen schauen und gucken wo man noch sparen kann. Im Ausschuss für Kultur oder beim Theater dann das genaue Gegenteil. Und das Ende vom Lied ist beim Theater. Wir gucken mal nächstes Jahr, das Geld reicht ja noch für die aktuelle Spielzeit. Die Verwaltung wird ja dieses Jahr mit dem Theater reden. Was ist das denn für eine Politik.

Aber den neuen Tiefpunkt haben sie aktuell damit erreicht, dass sie den Populisten hier vorne Rechts auch noch ihre Wünsche erfüllen – die Causa Knutschfleck. Haben sie echt so wenig politisches Gespür? Bei Knutschfleck reden wir über keine 20.000€. Frau Schwier hat bei der Problematik mit dem Winterdienst für Vereine in den Turnhallen beim genauen Hinschauen mehr Geld in ihrem Etat gefunden, Herr Linden hat uns ja im Finanzausschuss erklärt, man werde mit der Städteregion sprechen, um die Finanzierung zu sichern.  
Ein Tipp von mir Herr Linden, wenn sie jetzt einmal 5 Meter nach Links gucken, da sitzt die Frau Thönnissen. Frau Thönnissen ist die CDU Chefin aus der Städteregion, vielleicht können sie die mal fragen, wie es in der Städteregion aussieht. Könnte ja auch interessant sein für 2018. Dann können sie die auch etwas früher fragen.

Mit dieser Politik verprellen sie die Bürger. Zwischen 30 und 60 Prozent der Wahlberechtigten gehen mittlerweile nicht mehr wählen. Was sagt das über diejenigen aus, die Politik betreiben? Statt von allgemeiner Politikverdrossenheit zu reden ist es an der Zeit, diese Wahlenthaltung persönlich zu nehmen. Was wollen Sie denn eigentlich erreichen? Ich meine erreichen, nicht verwalten oder passieren lassen! Zukünftige Generationen werden staunend vor dem Rätsel stehen, was diese unsere Zeit eigentlich wollte. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass mal einer sagt: „2017 war ganz toll da war das Jahr der Wissenschaft!“

Sie überlassen das politische Wollen den Zufällen, mehr nicht.  
Die Sprache, die Sie als Politiker sprechen, ist mutlos, uninspirierend und leer. Es ist viel die Rede von unpolitischen Bürgern. Aber Menschen können nur politisch werden, wenn Politik etwas in ihnen weckt. Bürger politisiert man mit Mut, Wagnissen und Visionen.

*Ich hoffe sie denken mal in Ruhe drüber nach.*

Quelle: <https://teukan.wordpress.com/2017/01/25/haushaltsrede-2017/>